

A. Änderungsanträge zum Ergebnishaushalt

1. anonyme Befragung der Kunden des Sozialamts

Mehrausgaben: 20.000 € Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke (138/2011)

Unser Anspruch ist und bleibt eine qualitativ gute und korrekte Beratung und Betreuung unserer Kunden durch die Sachbearbeiter. Fehler und Unkorrektheiten, die selbstverständlich auch bei uns vorkommen können, können nur bei namentlicher Benennung behoben werden und nicht durch eine anonyme Befragung. Darüber hinaus existiert bei uns seit etwa drei Jahren ein sog. „Kummerkasten“ für – anonyme oder namentliche – Beschwerden, Kritik, Lob usw., von dem allerdings nur relativ wenig Gebrauch gemacht wird. Daneben steht allen Kunden auch weiterhin jederzeit die Möglichkeit für Beschwerden bei den Vorgesetzten offen, bis hin zur Bürgermeisterin und zum Oberbürgermeister.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

2. Einsatz eines ehrenamtlichen Mediators für Kunden des Sozialamts

Mehrausgaben: 5.000 € Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke (146/2011)

Die niedrige Anzahl eingelegter Rechtsmittel in Erlangen, aber auch die jederzeitige Offenheit für Vorsprachen bei OBM, BM, Amtsleitung oder Abteilungsleitung machen deutlich, dass der Einsatz eines solchen Mediators aus der Sicht der Verwaltung in Erlangen nicht notwendig ist. Durch die Einschaltung von zusätzlichen externen „Mediatoren“ (durch die der Arbeitsanfall auch keineswegs verringert werden würde) können die engen, von Gesetzgeber und Rechtsprechung festgelegten Regeln, die bei Kunden manchmal auf Unverständnis stoßen, auch nicht außer Kraft gesetzt werden.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

3. Übernahme der VGN-Fahrpreiserhöhung für Transferleistungsempfänger

Mehrausgaben: ohne Betrag

Antragsteller: Fraktion Erlanger Linke (148/2011)

Der Antrag ist vermutlich durch die jüngste öffentliche Debatte in Nürnberg veranlasst, wo für 2012 eine außergewöhnliche Preisanhebung im ÖPNV beschlossen wurde. Im Gegensatz zum restlichen VGN-Gebiet sind jedoch in Erlangen für 2012 keine größeren Preissprünge geplant.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

4. Einführung eines „Sozialtickets“

Mehrausgaben: ohne Betrag

Antragsteller: SPD-Fraktion (166/2011)

Fraktion Grüne Liste (171/2011)

Agenda 21 – Beirat

Bürgerinnenversammlung am 8.11.2011

Es wird vollinhaltlich Bezug genommen auf die ausführliche Behandlung des Themas in der Beschlußvorlage zur SGA-Sitzung vom 11.11.2009. In dieser SGA-Vorlage ist ausführlich dargelegt, dass die Einführung eines Sozialtickets den städtischen Haushalt finanziell sehr stark fordern würde (bis zu 2 Mio. € Aufwand jährlich bei 100 %-iger Inanspruchnahme). Sie würde auch eine Menge an Mitnahmeeffekten auslösen (u.a. auch eine Entlastung der Bundeskasse). Ihre Notwendigkeit ist in der Fahrradstadt Erlangen auch als durchaus zweifelhaft anzusehen. Der SGA hat deshalb am 11.11.2009 beschlossen, das Thema vorerst solange zurückzustellen, bis innerhalb der VGN-Gremien eventuelle Möglichkeiten zur Umsetzung dieser Problematik über den Verkehrsverbund des Großraumes diskutiert worden sind.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag von GL, Agenda 21 und von BÜV zur Finanzierung eines Sozialtickets in 2012 mit städtischen HH-Mitteln wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **12** gegen **1** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Der SPD-Antrag Nr. 166/2011 fordert dagegen nicht die Einführung eines Sozialtickets zulasten des städt. Haushalts, sondern eine Großraumlösung im Rahmen des VGN und bittet um einen Sachstandsbericht zur Behandlung dieses Themas in den VGN-Gremien. Dort wurde das Thema zwar mehrfach diskutiert, ohne dass sich jedoch eine Lösung abzeichnen würde. Das gleiche gilt auch für die regelmäßigen Treffen der Oberbürgermeister im Großraum.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag ist durch Berichterstattung erledigt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

keine Abstimmung

5. Einführung eines „Erlangen-Passes“

Mehrausgaben: ohne Betrag

Antragsteller: SPD-Fraktion (158/2011)

Bürgerinnenversammlung am 8.11.2011

Agenda 21 – Beirat

Dieser Vorschlag wurde in den letzten Jahren bereits mehrfach im SGA ausführlich diskutiert und abgelehnt. Auf die ausführliche Begründung dieser ablehnenden Entscheidungen wird Bezug genommen. Darüber hinaus müssten bei einer Einführung des Erlangen-Passes nicht nur für die erforderlichen Umsetzungskosten im Sozialamt, sondern auch für die entsprechenden Einnahmeausfälle in den betroffenen Fachdienststellen die jeweils dabei erforderlichen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Die Erwartung der Antragsteller, dass die großflächige Einführung von Ermäßigungen zu einem derartigen Anstieg in der Benutzung städtischer Einrichtungen führt, dass am Ende sogar Mehreinnahmen erzielt werden, kann aus Sicht der Verwaltung nur als Wunschdenken bezeichnet werden.

Darüber hinaus gibt es seit April 2011 das vollständig bundesfinanzierte Bildungs- und Teilhabepaket für alle Kinder von Transferleistungsempfängern, das mit hohem Aufwand umgesetzt wird. Aus Sicht der Verwaltung macht es keinen Sinn, parallel dazu ein zweites, kommunal finanziertes Ermäßigungssystem für die zum Teil gleichen Leistungen und für den gleichen Personenkreis daneben zu setzen.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit **2** gegen **1** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **8** gegen **5** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

6. Umsetzung von Maßnahmen gegen Kinderarmut

Mehrausgaben: 50.000 €

Antragsteller: StR'in Grille (182/2011)

Gewünscht sind nicht näher bezeichnete Maßnahmen gegen Kinderarmut in Erlangen, die in Kooperation mit Vereinen, Kirchen und weiteren Institutionen, sowie unter Bezugnahme auf die Erlanger Konferenz gegen Jugend- und Kinderarmut vom 17.11.2010 erfolgen sollen.

Im abgelaufenen Jahr war die Verwaltung vollauf mit der Umsetzung des B+T-Pakets beschäftigt, so dass eigene konzeptionelle Überlegungen zur Bekämpfung der Kinderarmut zurückgestellt werden mussten. Die Bereitstellung eines Betrages im Haushalt für diesen Zweck wird jedoch von der Verwaltung sehr positiv bewertet – zumal sich bei der Umsetzung der B+T-Leistungen jetzt im 2. Jahr bereits erste Ansatzpunkte zeigen, wo eine verbesserte Wirksamkeit nur mit ergänzenden, kommunalen Mitteln erreichbar sein wird.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird angenommen.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit **1** gegen **2** Stimmen
~~befürwortet~~ / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **6** gegen **7** Stimmen
~~befürwortet~~ / abgelehnt

7. Erstattungen des Bundes bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Mehreinnahmen: (300.000 €)

Antragsteller: Verwaltung

Mit dem im November 2011 beschlossenen Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wurde die Bundeserstattung bei den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für 2012 von 16 % auf 45 % des Nettoaufwandes des Vorvorjahres angehoben. Unter Berücksichtigung der neuesten Zahlen des statistischen Landesamts für 2010 wurde die Höhe der Bundeserstattung 2012 deshalb von der Verwaltung neu berechnet. Im Ergebnis fällt die Bundeserstattung für 2012 um ca. 300.000 € höher aus, als im HH-Entwurf des Kämmerers vom September 2011 einkalkuliert. Deshalb bittet die Kämmererei um eine förmliche Begutachtung dieser Veränderung durch den SGA (in den HH-Unterlagen für den SGA vom 23.11.2011 war diese Verbesserung bereits übernommen worden).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird angenommen.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

8. GGFA-Zuschuss 2012

Mehrausgaben: 0 €

Antragsteller: StR'in Grille (182/2011)

Minderausgaben: 300.000 € **Antragsteller: Verwaltung**

In Absprache mit Kämmerer und GGFA war im ursprünglichen HH-Entwurf ein Zuschuss an die GGFA von 300.000 € aufgenommen worden (je zur Hälfte als Verstärkung der Eingliederungsmittel der GGFA und als erwartete Auswirkung aus der Einführung des Systems „Werkakademie“). Die Festschreibung dieses Zuschusses für 2012 wird von Fr. Stadträtin Grille im Antrag Nr. 182/2011 gewünscht.

Nach Mitteilung des Kämmerers vom 22.12.2011 – bestätigt durch die GGFA – sind hierfür jetzt nur noch insgesamt 170.000 € notwendig, die auch nicht mehr im Budget des Sozialamts ausgewiesen werden sollen, sondern im Budget des Kämmerers. Die eingeplanten Zuschüsse über 300.000 € können somit aus dem Budget des Sozialamts gestrichen werden.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag der Verwaltung wird angenommen.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

11. Zuschuss an Frauenhaus**Mehrausgaben: 75.000 € Antragsteller: Fraktion Grüne Liste (171/2011)**

Im HH-Entwurf ist – im Einvernehmen mit dem Landratsamt und mit den Verantwortlichen des Frauenhauses - ein Zuschuss in der gleichen Höhe wie in den Vorjahren enthalten. Nach Einzug in das neue Frauenhaus wurde erst in 2011 – ebenso einvernehmlich – eine Anhebung um 31.000 € vorgenommen. Offensichtlich hat die Antragstellerin übersehen, dass ein Anteil von 75.000 € seit 2010 durch die Spende eines externen Dritten erbracht wird.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Antrag zurückgezogen**12. Zuschuss an Fliederlich****Mehrausgaben: 5.000 € Antragsteller: SPD-Fraktion (151/2011)
Grüne Liste (171/2011)**

Nach bisheriger Verwaltungspraxis werden keine neuen Zuschüsse im Haushalt eingestellt für Einrichtungen, die außerhalb Erlangens angesiedelt sind.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **7** gegen **6** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

13. Zuschuss an Notruf e.V.**Mehrausgaben: 4.000 € Antragsteller: SPD-Fraktion (151/2011)**

Im HH-Entwurf ist ein Zuschuss in der gleichen Höhe wie in den Vorjahren enthalten. Ein Antrag des Vereins Notruf auf Anhebung für 2012 um x € liegt dem Sozialamt vor. Nach Auffassung der Verwaltung sollte die bisherige Zuschusshöhe aber ausreichend sein, um die Fortführung der Arbeit auch in 2012 zu gewährleisten.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
~~befürwortet~~ / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
~~befürwortet~~ / abgelehnt

14. Zuschuss an Sprungbretter e.V.

Mehrausgaben: 4.000 € Antragsteller: SPD-Fraktion (151/2011)

Für die Betätigung des Vereins Sprungbretter (Eingliederungshilfe für Behinderte) ist seit 2009 nicht mehr der örtliche (Stadt Erlangen), sondern der überörtliche (Bezirk Mittelfranken) Sozialhilfeträger zuständig – seine Finanzierung erfolgt über die Bezirksumlage, die von allen mittelfränkischen Städten und Landkreisen aufzubringen ist.

Darüber hinaus verfügt der Verein Sprungbretter über Eigenmittel, die nach den städtischen Zuschussrichtlinien die Auszahlung eines Zuschusses – selbst wenn er in den Haushalt eingestellt ist – nicht erlauben (wie in 2011 geschehen).

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **7** gegen **6** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

15. Zuschuss an Grünes Sofa e.V.

Mehrausgaben: 7.500 € Antragsteller: StR'in Grille (182/2011) Antrag
~~7.300 € ~~CSU-Fraktion (191/2011)~~ → zurückgezogen~~
ohne Betrag Bürgerinnenversammlung am 8.11.2011

Aus Sicht der Verwaltung ist eine Bezuschussung des Grünen Sofas e.V. aus dem Sozialamtsetat nicht vertretbar, da es im Bereich der Kinderbetreuung tätig ist (allerdings nur in einem so geringen Umfang, dass die zuständige Aufsicht in Angelegenheiten der Jugendhilfe sich nicht gefordert sieht). Eine korrekte fachliche Bewertung des Zuschussbedarfs ist aber nur bei Wahrung der jeweiligen Ressortzuständigkeiten gewährleistet. Entsprechend der Absprache im letzten Jahr und in Zusammenarbeit mit Amt 41 wurde deshalb versucht, eine Bezuschussung des Grünen Sofas e.V. als Mütterzentrum durch das BayStMAS zu erreichen. Das Ministerium hat dies jedoch wegen „fehlender Förderwürdigkeit“ abgelehnt.

Darüber hinaus ist auch die Höhe der Bezuschussung, wie sie in den vergangenen Jahren im Haushalt eingesetzt war, mangels eines entsprechenden Bedarfs nicht mehr zu rechtfertigen. Denn in der Zwischenzeit beschäftigt der Verein auch kein hauptamtliches Personal mehr und der kostengünstige, weitere Verbleib am bisherigen Standort ist nicht mehr gesichert. Aus diesem Grund (weil keine entsprechenden Ausgaben mehr nachgewiesen wurden), aber auch weil hohe finanzielle Rücklagen vorhanden sind, wurde – gemäß den städtischen Zuschussrichtlinien - der im HH 2011 beschlossene Zuschuss nicht ausbezahlt.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **9** gegen **4** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

16. Zuschuss an Tagespflege Martin-Luther-Platz

Mehrausgaben: 20.000 € **Antragsteller: SPD-Fraktion (151 und 165/2011)**
StR'in Grille (182/2011)
ÖDP/FWG (184 und 185/2011)
Seniorenbeirat

Beim Betrieb der Tagespflege Martin-Luther-Platz haben sich – nicht beeinflussbare – Kostensteigerungen in Höhe von ca. 20.000 € jährlich ergeben (deutliche Mieterhöhung nach Vermieterwechsel, deutliche Mehrkosten beim Fahrdienst wegen Ausfall von Zivildienstleistenden).

Da die Stadt am Weiterbestand der Einrichtung sehr großes Interesse hat, wurde dem Träger eine zusätzliche jährliche Unterstützung von 10.000 € durch Stiftungsmittel in Aussicht gestellt (dies ist für 2012 durch SGA-Beschluss vom 23.11.2011 auch gesichert). Die weiter fehlenden 10.000 € Jahr können nach Auffassung der Verwaltung auf absehbare Zeit aus den ausreichend hohen Rücklagen des Trägervereins gedeckt werden.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / abgelehnt

in HFPA verschoben
siehe Protokollvermerk

17. Bereitstellung von Mitteln für Leistungen außerhalb des SGB XII

Mehrausgaben: ohne Betrag **Antragsteller: Agenda 21 - Beirat**

Der Agenda 21-Beirat wünscht – wie in den Vorjahren - die Bereitstellung von HH-Mitteln für Leistungen außerhalb des SGB XII. Von der Verwaltung wird – ebenso wie in den Vorjahren – erneut darauf hingewiesen, dass seit vielen Jahren für diesen Zweck im Budget des Sozialamts 30.000 € eingeplant sind. Dies gilt auch für den HH-Entwurf 2012.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
 befürwortet / ~~abgelehnt~~

18. weitere Aktionen zur Wohnraumbeschaffung (Wohnen für Hilfe)

Mehrausgaben: 15.000 € Antragsteller: StR'in Grille (182/2011)

Die Aktion „Wohnen für Hilfe“ der Wohnungsabteilung im Sozialamt ist seit Mitte 2011 sehr erfolgreich angelaufen und war angesichts des doppelten Abiturjahrgangs und des dadurch noch angespannteren Wohnungsmarktes für Studenten sehr hilfreich. Mit dieser Aktion konnte jedoch nicht nur zusätzlicher Wohnraum für Studenten verfügbar gemacht werden, sondern auch im privaten Rahmen Hilfeleistungen für ältere Wohnungsbesitzer oder für Familien mit Kindern organisiert werden. Die Aktion „Wohnen für Hilfe“ hilft deshalb doppelt.

Die Finanzierung der Aktion (0,75 Planstellen + Sachkosten) erfolgt von Mitte 2011 bis Mitte 2012 aus der Budgetrücklage des Sozialamts. Für die Folgezeit steht ein Vorschlag des Personalreferats zur Stellenneuschaffung an (siehe später). Hinsichtlich der Sachkosten, die ab Mitte 2012 benötigt werden, möchte der vorliegende Antrag von Fr. Stadträtin Grille eine Budgetaufstockung. Von der Verwaltung wird dieser Vorschlag unterstützt.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird angenommen.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **10** gegen **3** Stimmen
befürwortet / abgelehnt

19. Aufstockung Seniorenbeiratsbudget, Seniorentag 2012, Fortführung Herbstzeitlose

Mehrausgaben: 20.000 € Antragsteller: StR'in Grille (182/2011)
~~7.200 €~~ ~~SPD-Fraktion (151/2011)~~ → **Antrag zurückgezogen**

Der Antrag fasst 3 unterschiedliche Anliegen zusammen, die in späteren Anträgen noch einzeln zur Abstimmung stehen. Die Verwaltung schlägt vor, sich auf die Beratung der einzelnen Anliegen zu konzentrieren und zu beschränken.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

20. Budgeterhöhung Seniorenbeirat und Demenztage

Mehrausgaben: 7.200 € Antragsteller: SPD-Fraktion (151/2011)

Der Antrag fasst 2 unterschiedliche Anliegen zusammen, die in späteren Anträgen noch einzeln zur Abstimmung stehen. Die Verwaltung schlägt vor, sich auf die Beratung der einzelnen Anliegen zu konzentrieren und zu beschränken.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt
Antrag zurückgezogen

21. Budget des Seniorenbeirats 5.000,- €

Mehrausgaben: keine **Antragsteller: Seniorenbeirat
SPD-Fraktion (165/2011)**

Im HH 2011 wurde das Budget des Seniorenbeirats von bisher 1.800 € jährlich auf 5.000 € angehoben. Im HH-Entwurf 2012 sind hierfür ebenfalls wieder 5.000 € eingeplant. Das Anliegen der Antragsteller ist somit bereits erfüllt.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Antrag zurückgezogen

22. Seniorenzeitung 9.000,- €

Mehrausgaben: keine **Antragsteller: Seniorenbeirat
SPD-Fraktion (165/2011)**

Im HH-Entwurf 2012 ist – wie in den Vorjahren - für die Seniorenzeitung wieder ein Zuschuss von 9.000 € eingeplant. Das Anliegen der Antragsteller ist somit bereits erfüllt.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag hat sich erledigt und gilt als bearbeitet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Antrag zurückgezogen

23. Fortführung der Infotage „Leben mit Demenz in Erlangen“

Mehrausgaben: 5.000 € **Antragsteller: StR'in Grille (182/2011)
Seniorenbeirat
SPD-Fraktion (165/2011)**

Die Infotage wurden vom Seniorenbeirat erstmals in 2011 veranstaltet. Eine Wiederholung in 2012 liegt in der alleinigen Verantwortung des Seniorenbeirats. Nach Auffassung der Verwaltung sollte die Finanzierung – wie in 2011 – aus dem deutlich angehobenen Budget des Seniorenbeirats möglich sein.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird abgelehnt.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit **8** gegen **5** Stimmen
befürwortet / ~~abgelehnt~~

B. Änderungsanträge zum Investitionshaushalt

24. Zuschuss zum Umbau bestehender Altenheime

Mehrausgaben: 50.000 €	Antragsteller: Fraktion Grüne Liste (171/2011)
50.000 €	StR'in Grille (182/2011)
35.000 €	Seniorenbeirat
30.000 €	SPD-Fraktion (151/2011)
25.000 €	ÖDP/FWG (184 und 186/2011)
10.000 €	CSU-Fraktion (191/2011)

Dieser städtische Zuschuss soll Träger bestehender Altenheime in Erlangen dazu anregen, Umbauten nach dem Hausgemeinschaftsmodell vorzunehmen und so von einer eher „krankenhaus-ähnlichen“ Atmosphäre zu einer mehr „familiären“ Atmosphäre zu kommen. Nach Auffassung der Verwaltung hat sich diese Strategie bewährt und hat bereits in zwei Altenheimen zu wesentlichen Verbesserungen für die Bewohnerinnen und Bewohner geführt. Während in der Vergangenheit hierfür 20.000 € oder mehr jährlich zur Verfügung standen (zuzüglich angesparter Beträge aus den Vorjahren), sind im HH-Entwurf 2012 dafür noch 15.000 € vorgesehen.

Aktuell sind zwei weitere Umbauprojekte angekündigt (2 von 3 Etagen im Marienhospital, weitere Etagen im Roncallistift), die bei einer Unterstützung durch den städtischen Zuschuss in 2012 in Angriff genommen werden könnten. Aus Sicht der Verwaltung wäre eine Anhebung der Mittel sehr wichtig, da mit den dadurch angeregten Umbauten eine wesentliche Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten- und Pflegeheimen erreicht werden kann.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag auf Anhebung um 50.000 € wird befürwortet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

in HFPA verschoben

25. Zuschuss für die Errichtung neuer Demenzwohngruppen

Mehrausgaben: 75.000 € Antragsteller: ÖDP/FWG (184 und 186/2011)

Die Errichtung einer neuen Demenz-Wohngruppe in Erlangen – ähnlich wie das BRK-Projekt „Villa Ströhla“ – wäre aus Sicht der Verwaltung sehr zu begrüßen. Ein konkretes Projekt ist allerdings derzeit nicht in Sicht.

Vorschlag der Verwaltung: Der Antrag wird befürwortet.

Gutachten des Sozialbeirates: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

Gutachten des Sozial- und Gesundheitsausschusses: einstimmig/ mit ... gegen ... Stimmen
befürwortet / abgelehnt

in HFPA verschoben

